

Betreff: Ergebnis Nachfrage Thomas Lutze: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Von: peterweinmann@gmx.de

Datum: 22.08.2013 20:35

An: "Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener" <Vorstand@bpe-online.de>, "werner fuss zentrum" <werner-fuss@gmx.de>

Kopie (CC): Kandidatenwatch <kandidatenwatch@gmx.de>

Gesendet: Donnerstag, 22. August 2013 um 14:35 Uhr
Von: "Thomas Lutze" <thomas.lutze@bundestag.de>
An: peterweinmann@gmx.de
Betreff: AW: Nachfrage: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Sehr geehrter Herr Weinmann,

anbei die Antworten von Thomas Lutze.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sebastian Meskes

Setzen Sie sich für eine bedingungslos folter- und gewaltfreie Psychiatrie ein?

DIE LINKE hat eine „gewaltfreie Psychiatrie“ in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Darüber hinaus soll die „rechtliche Diskriminierung, insbesondere über psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse“ aufgehoben werden.

Wir sehen die deutsche Praxis der Zwangsbehandlung kritisch und haben das Gesetz der Koalitionsfraktionen im Januar 2013 als einzige Fraktion im Bundestag abgelehnt. Es verfolgt nicht das Ziel, Zwangsmaßnahmen zu minimieren, geschweige denn abzuschaffen, sondern versucht, die alte Behandlungspraxis verfassungsrechtlich zu legitimieren. Das widerspricht nach unserer Auffassung dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) sowie der UN-Behindertenrechtskonvention und den Menschenrechtserklärungen.

Das oberste Gebot für jede medizinische Behandlung ist die Freiwilligkeit, denn ohne wirksame und informierte Einwilligung in die Behandlung ist jeder Eingriff eine Körperverletzung. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, zu einer Behandlung zu kommen, die mit einer „auf Vertrauen gründenden Zustimmung“ (BVerfG) der Patientin oder des Patienten stattfindet. Bereits hier gibt es in Deutschland große Defizite. Die Möglichkeiten der Patientenverfügung, der Vorsorgevollmacht und der Behandlungsvereinbarung werden nicht annähernd ausgeschöpft. Sie sollten von den Behandelnden aktiv angeboten werden, stattdessen werden sie teilweise eher als Affront betrachtet.

Aussagefähige Studien zum Nutzen von Zwangsbehandlungen sind Mangelware, auch die traumatisierenden Wirkungen wurden nicht hinreichend untersucht. Es ist momentan unklar, auf welcher Grundlage die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich des Nutzens überhaupt erfüllbar sind - zumindest wenn die Einschätzung wissenschaftlichen Mindeststandards genügt und damit einer willkürlichen Beurteilung der Behandelnden entzogen wird.

Insbesondere die in Deutschland praktizierten Zwangsmedikationen und Fixierungen sind menschenrechtlich nicht zu rechtfertigen und werden von der LINKEN abgelehnt. Es gibt weniger eingreifende und traumatisierende Alternativen, wie etwa „weiche Zimmer“, das Konzept der offenen Türen, das Festhalten durch Personal statt der Fixierung an Liegen u.s.w. Viele dieser Maßnahmen erfordern viel Personal und ausreichend Zeit. Wir fordern unter anderem dafür eine Mindestpersonalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Bundestagsdrucksache 17/12095) sowie die Rücknahme der tagespauschalierten Finanzierung für psychiatrische Einrichtungen.

Begleitend sind Maßnahmen auszubauen, die psychische Krisensituationen im Vorfeld minimieren. DIE LINKE fordert daher den Ausbau ambulanter Hilfesysteme und Home Treatment-Angebote mit dem Ziel, die Lebensqualität der Betroffenen zu verbessern, schnelle ambulante Hilfe in Krisensituation zu gewährleisten und die Zahl der stationären Aufenthalte zu reduzieren.

Abschaffung aller psychiatrischen Sondergesetze

Setzen Sie sich für eine Abschaffung aller psychiatrischen Sondergesetze ein, wie es die Behindertenrechtskonvention fordert?

Wie oben geschrieben hat DIE LINKE die Abschaffung der rechtlichen Diskriminierung über psychiatrische Sondergesetze in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Eine Fremdgefährdung kann durch Unterbringungsregelungen hinreichend ausgeschlossen werden. Dabei ist es unerheblich, ob eine psychische Erkrankung besteht. Eine medizinische (Zwangs-) Behandlung ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Außerdem müssen alle Regelungen zur Zwangssterilisation gestrichen werden.

Betreuung zu einem Ausbildungsberuf machen

Verhindern Sie jeden Versuch, rechtliche Betreuung zu einem Ausbildungsberuf zu machen, weil Qualität nur durch Abschaffung der Zwangsbetreuung gesichert werden kann?

Auch DIE LINKE geht davon aus, dass der derzeitige häufige Gebrauch des Instruments der Zwangsbetreuung der Qualität von Betreuungen widerspricht und Betreuungsverhältnisse nachhaltig stört. Auf das Mittel der Zwangsbetreuung ist möglichst zu verzichten. Da die Betreuung auch im freiwilligen Bereich aber eine sehr anspruchsvolle Aufgabe darstellt, ist eine gewisse Professionalisierung von Betreuerinnen und Betreuern und das Knüpfen einer rechtlichen Betreuung an bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten zur Qualitätssteigerung sinnvoll. Wichtig ist dabei neben Fachkenntnissen vor allem die institutionelle Unabhängigkeit von Betreuerinnen und Betreuern, damit sie auch tatsächlich ausschließlich im Interesse der Betroffenen handeln.

Todesfallstatistik

Setzen Sie sich für eine Todesfallstatistik aller psychiatrisch Behandelten ein?

Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag brachte hervor, dass erschreckend wenige Daten zum Einsatz und den Folgen von Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie vorliegen. Wir fordern, die gesundheitlichen Folgen von Zwangsmaßnahmen und Behandlungsalternativen so weit möglich klinisch zu untersuchen und einer Nutzenbewertung zu unterziehen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/12090). Das erfordert nicht zuletzt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Dazu gehört selbstverständlich auch die Ermittlung von Todesfällen mit detaillierter Angabe der Todesursache.

Es ist zudem nicht hinnehmbar, dass eine Zwangsunterbringung und/oder -behandlung unterschiedlich häufig angeordnet wird. Die Anwendung von Zwang variiert extrem von Klinik zu Klinik, aber auch regional, so dass sich der Eindruck von Willkür aufdrängt. Das muss ebenfalls untersucht und mittels bundeseinheitlicher Vorgaben behoben werden.

Mehr Geld für die Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrener

Setzen Sie sich für mehr Geld für die Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrener ein?

DIE LINKE fordert eine Aufwertung der Selbsthilfe und der Patientenvertretung. Zwar sind Patientenvertreterinnen und -vertreter in etlichen Gremien der Selbstverwaltung vertreten - mitentscheiden dürfen sie jedoch nur selten. Auch das widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir setzen uns für ein volles Stimmrecht der Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss ein (vgl. Antrag auf Bundestagsdrucksache 17/6489). Dafür müssen die Selbsthilfestrukturen finanziell und personell aufgewertet werden. Da es sich um ein gesamtgesellschaftliches Interesse handelt, ist den maßgeblichen Patientenorganisationen mit Mitteln des Bundes eine umfangreiche Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in der Selbstverwaltung zu ermöglichen.

Von: peterweinmann@gmx.de [mailto:peterweinmann@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 21. August 2013 07:54

An: saarbruecken@thomas-lutze.de; saarlouis@thomas-lutze.de; neunkirchen@thomas-lutze.de

Cc: Kandidatenwatch; Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener; thomas.lutze@bundestag.de
Betreff: Nachfrage: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Liebe Mitarbeiter/innen von Thomas Lutze,

ich möchte mich, auch im Namen meines Verbandes und der unzähligen nichtorganisierten Betroffenen sehr dafür bedanken, dass die Linke als einzige Partei des Deutschen Bundestags im Januar des Jahres gegen das Eilgesetz zur Zwangsbehandlung von Menschen in der Psychiatrie gestimmt hatte, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=3-Zoe5yavQk>

Diese Haltung der Linken wird sehr wahrscheinlich, neben anderen Inhalte der Partei, für mich im September wahlentscheidend sein. Mit Thomas Lutze habe ich viele Jahre lang im selben Haus in der Großherzog-Friedrich-Straße 52 in Saarbrücken gewohnt, er in der WG im 2. Stock, ich in einer WG Psychiatrie-betroffener Menschen im 3. Stock. Ich würde mich deshalb auch über eine im Sinne von Grund- und Freiheitsrechte für alle Menschen erneut engagierte Wahlaussage von Thomas zu unseren nachstehenden 5 Wahlprüfsteinen für die Bundestagswahl 2013 sehr freuen, die wir veröffentlichen werden (alleine ich verfüge über mehrere Mail-Verteiler, mit tausenden eMail-Adressen, auch bundesweit).

Übrigens war in dem Haus Großherzog-Friedrich-Straße 52 in Saarbrücken, in dem Thomas und ich zusammen gewohnt haben, in der NS-Zeit den Recherchen der VVN/BDA nach der Saarbrücker Erbgesundheitsgerichtshof untergebracht. Und die Großherzog-Friedrich-Straße hieß von 1945 bis 1955 Max-Braun-Straße. Max Braun war der Vorsitzende der Saar-SPD in den 30er Jahren und organisierte maßgeblich die antifaschistische Einheitsfront im Saar-Abstimmungskampf 1935 gegen Hitler mit.

Nachdem die Nationale Front 1955 unter dem Namen Deutsche Front unter Federführung der DPS, heute Freie Demokratische Partei/ Deutsche Partei Saar (FDP Saar / DPS), erneut die Wahl um das autonome Saar-Statut (http://de.wikipedia.org/wiki/Abkommen_zwischen_den_Regierungen_der_Bundesrepublik_Deutschland_und_der_Franz%C3%B6sischen_Republik_%C3%BCber_das_Statut_der_Saar) für sich entscheiden konnte, hat sie die Straße direkt wieder umbenannt, ein Schlag ins Gesicht aller Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die Nachfahren von Max Braun haben seine sterblichen Überreste daraufhin exhumiert und von Saarbrücken nach Dortmund überführt.

Danke vorab für eure Rückmeldung, auch und insbesondere im Namen vieler anderer Betroffener,
freundliche Grüße

Peter Weinmann

Peter Weinmann
Saarbrücker Anlaufstelle für Selbstbestimmt Leben (ASL)
Försterstraße 36
66111 Saarbrücken
Telefon 0681/62641 und 0175/5309894
eMail peterweinmann@gmx.de
Internet <http://www.yael-elya.de/> und
<http://www.youtube.com/user/msfoggSB/videos>

Der monatliche "Newsletter" mit aktuellen Informationen zu seelischer Gesundheit, Selbsthilfe, Psychiatrie(kritik) und zu den Aktivitäten der ASL - eMail an asl-sb@gmx.de

Gesendet: Sonntag, 18. August 2013 um 13:24 Uhr

Von: peterweinmann@gmx.de

An: peter.altmaier@bundestag.de, alexander.funk@bundestag.de, nadine.schoen@bundestag.de, anette.huebinger@bundestag.de, elke.ferner@bundestag.de, astrid.klug@bundestag.de, oliver.luksic@bundestag.de, thomas.lutze@bundestag.de, yvonne.ploetz@bundestag.de, markus.tressel@bundestag.de, "Piratenpartei Saarland" <presse@piratenpartei-saarland.de>

Cc: kandidatenwatch@gmx.de, "Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener" <vorstand@bpe-online.de>

Betreff: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Sehr geehrte saarländische Bundestagsabgeordnete,

der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener und die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener vergleichen in einer gemeinsamen Aktion die Aussagen von Parteien und PolitikerInnen vor und nach der Bundestagswahl, siehe z.B. <http://www.bpe-online.de/aktuelles/zwang-abschaffen.htm> Wir fragen deshalb alle 5 im Bundestag vertretenen Parteien und möglichst viele Kandidat/inn/en nach Antworten auf folgende fünf Wahlprüfsteine:

- Setzen Sie (bzw. ihre Partei) sich für eine bedingungslos folter- und gewaltfreie Psychiatrie ein?
- Setzen Sie (bzw. ihre Partei) sich für eine Abschaffung aller psychiatrischen Sondergesetze ein, wie es die Behindertenrechtskonvention fordert?
- Verhindern Sie (bzw. ihre Partei) jeden Versuch, rechtliche Betreuung zu einem Ausbildungsberuf zu machen, weil Qualität nur durch Abschaffung der Zwangsbetreuung gesichert werden kann?
- Setzen Sie (bzw. Ihre Partei) sich für eine Todesfallstatistik aller psychiatrisch Behandelten ein?
- Setzen Sie (bzw. Ihre Partei) sich für mehr Geld für die Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrener ein?

Wer angefragt wurde, wird im Internet veröffentlicht, ebenso wer geantwortet hat und wie er/sie geantwortet hat. So wird einerseits die Wählbarkeit von Kandidat/inn/en ermittelt. Später kann überprüft werden, ob die gegebenen Antworten ehrlich waren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie bzw. die entsprechenden Kandidatinnen und Kandidaten Ihrer Partei für die Bundestagswahl sich an unserer Befragung beteiligen würden. Antworten bitte an kandidatenwatch@gmx.de und an asl-sb@gmx.de

Vielen Dank vorab,

mit freundlichen Grüßen

Peter Weinmann
Saarbrücker Anlaufstelle für Selbstbestimmt Leben (ASL)
Försterstraße 36
66111 Saarbrücken
Telefon 0681/62641 und 0175/5309894
eMail peterweinmann@gmx.de
Internet <http://www.yael-elya.de/> und
<http://www.youtube.com/user/msfoggSB/videos>

Der monatliche "Newsletter" mit aktuellen Informationen zu seelischer Gesundheit, Selbsthilfe, Psychiatrie(kritik) und zu den Aktivitäten der ASL - eMail an asl-sb@gmx.de